Beschluss Veraltete Einschränkungen des öffentlichen Lebens abschaffen

Gremium:	Grüne Jugend Köln
Beschlussdatum:	10.11.2021
Tagesordnungspunkt:	2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Wahlprogrammentwurf: Kapitel:
DEMOKRATIE IN DER OFFENEN GESELLSCHAFT - Wir begreifen Vielfalt als Stärke – Verhältnis von Staat und Kirche weiterentwickeln

Zeilennummer:
400

Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen – etwa im Bereich Bildung oder Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich neutral handeln. So plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen begrenzt. Außerdem wollen wir, dass Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchenaustrittsgebühr abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

...soll ersetzt werden durch...

Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen – etwa im Bereich Bildung oder Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich neutral handeln. So plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen" Feiertagen das bestehende, generelle Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen abschafft. Außerdem wollen wir, dass Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchenaustrittsgebühr abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

Begründung

Bei dem nach wie vor bestehenden Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen, handelt es sich um einen unverhältnismäßigen Eingriff einer Religionsgemeinschaft in das Leben der Allgemeinheit. Die Trennung von Staat und Kirche kann bei einem Bestehenbleiben dieser Ordnung nicht vorangebracht werden.

Unterstützer*innen

Roman Schulte (KV Köln); Leon Schlömer; Æther Flachmann (KV Köln); Elias Binger (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Nicola Dichant (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Anke Niggemann; Anne Roth (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Christian Drews (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Lars Wahlen (KV Köln); Dominik Schmalen (KV Köln); Timo Runde; Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Evelyn Rose-Thalheim; Bärbel Hölzing; Floris Rudolph (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Stefan Wolters; Maximilian Krupp (KV Köln); Jörg Frank (KV Köln)